

# Die Umschau

## auf dem Gebiete des Zoll- und Steuerwesens.

Erscheint wöchentlich.

Preis  
vierteljährlich 1,75 M., Welt-  
postverein 2 M.

Zuschriften  
an die Redaktion sind zu adressieren:  
Berlin-Niedorf, Berlinerstr. 42

Bestellungen und Geldsendungen sind  
nur an die Expedition Berlin S.W.  
zu richten.

Man abonnirt bei allen Buchhandlungen  
und Post-Anstalten, sowie bei den Ex-  
peditionen in Berlin und Hamburg.

Zeitschrift für Zoll- und Steuer-Technik und Verwaltung.

Offizielles Organ des Verbandes deutscher technischer  
Zoll- und Steuer-Beamten.

Herausgegeben von Steuerrath a. D. A. Schneider  
unter Mitwirkung bewährter Fachmänner.

Anzeigen  
 kosten 15 Pf. die 4 gespaltene  
Petitzeile oder deren Raum.  
Bei Wiederholungen  
billiger.

Expeditionen:  
Berlin SW., Hagelsbergerstr. 32,  
Hamburg, Speersort 15,  
(Herold'sche Buchhandlung).

Verlag von  
Eugen Schneider, Berlin.

→ Nachdruck unserer Artikel ist nur mit genauer Quellenangabe gestattet. ←

Nr. 18.

Berlin und Hamburg, den 12. Mai 1898.

17. Jahrgang.

**Inhalt:** Weitere Hülfsgruppen (S. 137). **Zoll- und Steuer-Technisches:** Zucksteuer: Abgebraute Fabrik — Kontingent (S. 138). **Reichsstempelabgabe:** Reichsstempelpflichtigkeit von Aufdruckvermerken (S. 138). **Zölle:** Abänderung der Tarabestimmungen (S. 138). Vorbereitung der Handelsverträge (S. 138). **Brau-Steuer:** Zeitweise Säffirung der Fixationsverträge (S. 139). Verbot von Malzsurrogaten (S. 139). **Kommunal-Biersteuer** (S. 139). Beseitigung des Kühlzolls (S. 139). **Periodische Dienstverhältnisse:** in Bayern (S. 140). **Litewka** (S. 140). **Entziehung der Abgaben:** durch Fahrräder (S. 141). **Personalien** (S. 141). **Beschiedenes:** (S. 141). **An unsere Leser** (S. 142). **Briefkasten** (S. 142). **Verbandsnachrichten** (S. 142). **Anzeigen** (S. 143).

Der Verlag der „Umschau“ hat sich entschlossen, dem Blatte ohne Preiserhöhung in zwanglosen Lieferungen eine weitere Beilage beizufügen; sie soll nach und nach das Material zu einer Handbibliothek der gesammten Gesetzgebung in Beamten-Angelegenheiten, wie der Allgemeinen Staats-Verwaltung liefern. Wir dürfen hoffen, daß dieses neue Opfer dazu beitragen wird, unsere Leser zu veranlassen, ihre „Umschau“ immer weiteren Kreisen zu empfehlen.

### Weitere Hülfsgruppen.

Auch in Bayern regt es sich bei den Zoll- und Steuertechnikern; auch dort beginnt eine Bewegung gegen die Bevorzugung der Juristen bei Besetzung höherer Stellen, die den Technikern gebühren, sich zu entwickeln. Wir bringen nachstehend einen kurzen Bericht über die letzte Sitzung des bayerischen Finanzausschusses, auf dessen Tagesordnung die Fortsetzung der Berathung des Zollrats stand.

Referent Wagner kommt nochmals auf die Petition der dem bayr. Zollbeamtenverein angehörigen Zollassistenten und Beamten der Kategorie I Xe zu sprechen, welche u. a. bezweckt, daß die Dienstaufwandsentschädigungen der Zollbeamten allmählich auf die gleiche Höhe gebracht werden, wie die entsprechenden Bezüge der Bahn- und Postbeamten, daß über die im Etat pro 1898/99 vorgesehenen hinaus noch weitere fünf bis zehn Assistenten- in Offizialstellen umgewandelt, die Beförderungsverhältnisse der Offiziale und der denselben im Rang gleichstehenden Beamten durch ausgiebige Vermehrung der höheren Stellen verbessert werden und daß der Zugang von Juristen zur Zollverwaltung auf das unbedingt notwendige Maß eingeschränkt und die Aufnahme geprüfter Rechtspraktikanten mit Note III, wie bei der Bahn- und Postverwaltung, ganz eingestellt oder dieselben, wie früher, zur Theilnahme an der Assistentenprüfung verpflichtet werden, mindestens aber, daß jede Bevorzugung der Juristen mit Note III gegenüber den Technikern und auch eine allzurätsche Beförderung von Juristen mit Note II künftig unterbleiben soll. Der Referent steht im großen und ganzen der Petition wohlwollend gegenüber, nur bezüglich des Zugangs von Juristen stellt er sich auf

einen anderen Standpunkt. — Im Etat sind, wie Referent weiter berichtet, neu vorgesehen 2 Oberzollinspektoren, 2 Hauptzollamtsverwalter, 2 Hauptzollamtskontrolleure, 7 Stellen von Zoll- und Revisionsinspektoren mit dem Gehalt eines Hauptzollamtskontrolleurs, 19 Stellen von Offizialen, 5 Zollverwalter- und 5 Aufschlagverwalterstellen. Er beantragt Genehmigung. Schließlich bringt er verschiedene Wünsche vor, die ihm von einem Theil der pragmatischen Beamten zugegangen seien.

Minister Dr. Frhr. v. Niedel erwiedert, daß die Wünsche der Zollbeamten, so begreiflich sie auch vom subjektiven Standpunkt derselben seien, entschieden zu weit gingen und den Interessen des Landes widersprächen. Er bespricht hierauf die vorgetragenen Wünsche im einzelnen und begründet die im Etat vorgesehenen Stellenmehrungen. Was die Petition der Zollassistenten anlange, so sei dieselbe zum Theil durch diese Stellenmehrungen erledigt, im übrigen aber unbegründet. Bezuglich der Dienstaufwandsentschädigung stehe in Aussicht, daß der Staat vom Reich einen weiteren Zuschuß von 56,000 Mark erhalte, diese Summe werde er, wenn der Landtag damit einverstanden sei, zur weiteren Erhöhung der Dienstaufwandsentschädigungen verwenden. Die Klagen wegen des Zuganges von Juristen könne er in keiner Weise anerkennen, die Zollverwaltung müsse sich die Auswahl ihrer Beamten vorbehalten. Er bitte deshalb, über die Petition, soweit sie nicht nach seinen Erklärungen für erledigt zu erachten sei, zur Tagesordnung überzugehen. Der Minister theilt hierauf mit, daß in der letzten Zeit von den Städten Ansbach, Straubing und Dingendorf Petitionen um Errichtung von Nebenzollämtern eingelaufen seien. Die Erfüllung dieser Wünsche stehe in Aussicht, die hierfür erforderliche Summe betrage